



HESSISCHER LANDTAG

09. 06. 2009

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Unterstützung eines NPD-Verbots

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag ist der Auffassung, dass die NPD aufgrund ihrer verfassungsfeindlichen Bestrebungen, die sich in den von ihr formulierten Zielen und dem Verhalten ihrer Mitglieder widerspiegeln, eine Bedrohung für unsere Demokratie darstellt.
2. Der Hessische Landtag ist der Ansicht, dass die NPD mit ihrer Programmatik gezielt die Absicht verfolgt, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu bekämpfen.
3. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die NPD nicht nur die obersten Prinzipien unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung ablehnt, sondern darüber hinaus insbesondere durch die jüngsten zurückliegenden Vorfälle in Hessen und in anderen Bundesländern ihre aggressive und kämpferische Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung belegt hat.
4. Der Hessische Landtag fordert daher die Landesregierung auf, einen neuerlichen Antrag zur Erreichung eines NPD-Verbots zu unterstützen.

Begründung:

Es besteht der begründete Verdacht, dass die NPD darauf abzielt, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen. Dazu gehören Angriffe auf Institutionen und Akteure der repräsentativen Demokratie, insbesondere auf die Parteien und den Parlamentarismus, sowie die Ablehnung ihrer zivilisatorischen Grundlegung in den Menschenrechten, insbesondere der elementaren Werte von Freiheit und Gleichheit. Der Nachweis der verfassungsfeindlichen Bestrebungen erfolgt über die Ziele der Partei oder das Verhalten ihrer Anhänger.

Dies belegen nicht zuletzt das nachfolgende Zitat auf der Homepage des NPD-Landesverbandes Hessen sowie die weiteren Zitate der NPD, die hiermit in unmittelbarem Zusammenhang stehen:

"Die linke Gesinnungsmafia - bestehend aus Journalisten, Lehrern, Professoren und Politikern - richtet Teile der Jugend durch ideologische Rotlicht-Bestrahlung zu Nationalmasochisten ab, die keinerlei Bezug mehr zu Volk und Heimat haben. Solche antideutschen Typen sind es, die die Globalisierung gutheißen, obwohl diese nachweislich zu Lohndumping und Arbeitsplatzexport führt. Es ist kein Zufall, dass es eine Allianz von steuerfinanzierten Polit-Funktionären und der Gesinnungsmafia von Presse, Rundfunk und Fernsehen im "Kampf gegen Rechts" gibt. Der "Kampf gegen Rechts" ist in Wirklichkeit ein Kampf gegen das Recht, das eigene Volk und seine sozialen Lebensinteressen."

(Jörg Krebs, Landesvorsitzender NPD Hessen.)

"Der Mensch an sich existiert nicht, deshalb sind wir nicht unterschiedslos einfach Menschen, wie die multikulturalistischen Volksverächter behaupten."

Der Mensch existiert nur in seiner je unterschiedlichen ethnisch-kulturellen Prägung und damit als Angehöriger eines bestimmten Volkes ... Völker sind konkrete, greifbare Lebenserscheinungen, während es "den" Menschen gar nicht gibt. Es gibt den Deutschen, den Franzosen und den Türken, aber nicht "den" Menschen".

(Argumente; 1. Aufl. 2005, S. 14 [Richter, Karl].)

" Es bedarf eines kollektiven Aufschreis, der die vielen Lüfte und Winde der Frustration zu einem gewaltigen Sturm zusammenführt, der erst die Kraft besitzt, ein marodes System hinwegzufegen (...) Demokratie aller BRD braucht das Volk nicht."

(Ingmar Knop in Deutsch Stimme 5/2006, S. 8.)

"Und weil die Österreicher nach allem, was ein Volk ausmacht, nämlich gemeinsame Sprache, Kultur, Geschichte und Abstammung, Deutsche sind, kann Adolf Hitler hundertmal die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt werden. Er bleibt - unabhängig von der Bewertung seines politischen Lebens - ein Deutscher. Aber das ist die Bunte Republik Deutschland (BRD): Ein toter Deutsch-Österreicher wird ausgebürgert, während Tag für Tag hunderte von Negern als Afro-Teutonen eingebürgert werden. Da kann einem schon speiübel werden!"

(Jürgen Ganselin in Deutsche Stimme 5/2007, S. 17.)

Damit zeichnet die NPD ein Zerrbild und Schreckensgemälde von Gegenwart und Zukunft der Bundesrepublik Deutschland und verfolgt damit den Zweck, die bestehenden politischen Strukturen als inadäquat zur Lösung anstehender gesellschaftlicher Probleme abzuqualifizieren und die revolutionäre Überwindung des "Systems" als einzig verbleibende Möglichkeit erscheinen zu lassen. Ohne konkrete Schritte zu benennen, gibt die NPD zu erkennen, dass sie einen anderen "Staat" anstrebt, der das bestehende "System" ersetzen soll.

Vor diesem Hintergrund ist es zwingend erforderlich, jegliche Maßnahmen zu unterstützen, die zu einem NPD-Verbot führen.

Wiesbaden, 9. Juni 2009

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel